



Interview „Für das Angleichen oder Absenken von Normen gibt es kein Mandat“

Europaminister Friedrich sieht das Freihandelsabkommen als Chance, europäische Werte durchzusetzen

Beim geplanten TTIP-Abkommen geht es nicht allein um wirtschaftliche Vorteile, betont Baden-Württembergs Europa-minister im Interview mit Magazin Wirtschaft.

» Herr Friedrich, lassen wir Chlorhühnchen und Blinkerfarben einmal beiseite. Was ist für Sie das Wesentliche am geplanten TTIP-Abkommen?

» Friedrich Für mich ist TTIP eine Chance, Globalisierung zu gestalten und dabei Standards im Sinne unserer Vorstellungen von Nachhaltigkeit, fairem Wettbewerb, Arbeitnehmerrechten, Umwelt- und Konsumenteninteressen zu setzen. Wenn dies auf den beiden größten Märkten der Welt gelingt, geht davon eine Strahlkraft aus, der sich niemand entziehen kann, der auf diesen Märkten aktiv sein will.

» Wirklich? Laut Kritikern würde das Abkommen genau das Gegenteil bewirken: Einen Ausverkauf unserer hohen europäischen Standards zu Gunsten von Konzerngewinnen.

» Friedrich Einen Ausverkauf darf und wird es nicht geben, denn für die Angleichung oder gar Absenkung von Normen gibt es bei den Verhandlungen kein Mandat. Es geht vielmehr darum, vorhandene Standards gegenseitig anzuerkennen, sofern diese gleichwertig sind.

» Was bedeutet das konkret?

» Friedrich Zum Beispiel gibt es in den USA und in der EU unterschiedliche Zulassungsverfahren für Produkte. TTIP verfolgt das Ziel, dass ein Unternehmer sein Produkt in beiden Wirtschaftsräumen verkaufen darf, sofern dieses ein gleichwertiges Zulassungsverfahren auf der beteiligten Seite durchlaufen hat und den Prozess nicht wie bisher zweimal durchmachen muss. Das würde ganz besonders den kleinen und mittleren Unternehmen viel Aufwand und Kosten ersparen.

» Das heißt, weitergehende Regeln in der EU, etwa im Verbraucherschutz, bleiben unberührt?

» Friedrich Ja. Und dort, wo die Anforderungen sich stark unterscheiden, bleiben die



Unser Interviewpartner

Peter Friedrich (SPD) ist Minister für Bundesrat, Europa und Internationale Angelegenheiten des Landes Baden-Württemberg.

Regelungen erhalten – übrigens auf beiden Seiten. Es ist übrigens ein weit verbreiteter Irrtum, dass Europa in allen Bereichen die höheren Anforderungen hätte – dies ist zum Beispiel bei den Grenzwerten für Pestizide eindeutig nicht der Fall. Man wird bei den Verhandlungen sicher nicht für alles eine Lösung finden, aber nicht zu verhandeln ist ganz gewiss keine Lösung.

» Könnten wir uns denn in Zukunft noch unabhängig für bestimmte Standards entscheiden?

» Friedrich Das Verhandlungsmandat besagt ganz eindeutig, dass weiterhin die Möglichkeit der Rechtsetzung und Weiterentwicklung von Standards besteht. Aber gerade etwa für neue Technologien sollten diese gemeinsam entwickelt werden. Das ist auch absolut sinnvoll, denken Sie zum Beispiel an die Typisierung bei der Elektromobilität – ein konkretes Beispiel, wie sich mit TTIP Globalisierung gestalten lässt.

» Bei alledem fragt man sich doch, warum der Widerstand gegen das Abkommen so groß ist, sogar in Ihrer eigenen Partei.

» Friedrich Der Beginn der Verhandlungen war, um es deutlich zu sagen, ziemlich verkorkt. Man ist intransparent vorgegangen, hat zum Beispiel viele Informationen geheim gehalten, die überhaupt nicht geheimhaltungsbedürftig waren. Auf der Grundlage eines ohnehin vorhandenen Misstrauens gegen die USA und die EU-Kommission hat dies Spekulationen und Befürchtungen natürlich Tür und Tor geöffnet. Man muss aber auch sehen, dass die Proteste viel erreicht haben.

» Was genau?

» Friedrich Die Akteure geben sich viel Mühe, das verlorene Vertrauen zurückzugewinnen. Es gibt jetzt ein öffentliches Mandat, die Verhandlungsposition ist geklärt, und die EU-Kommission hat anerkannt, dass das Abkommen durch die Parlamente, bei uns durch Bundestag und Bundesrat, gebilligt werden muss. Ich würde mir wünschen, dass diejenigen, die Kampagne gegen TTIP machen, dies einmal zur Kenntnis nehmen

» Ein Großteil der Kritik bezieht sich auf den Investitionsschutz, über den internationale Schiedsgerichte mit fraglicher Legitimation wachen sollen. Was spricht denn dagegen, sich auf die gut funktionierende Justiz beider Seiten zu verlassen?

» Friedrich Auch hier sehe ich TTIP als Chance, weltweit mehr Fairness zu erreichen.

» Wie das?

» Friedrich Investitionsschutzabkommen gibt es ja schon in großer Zahl, allein Deutschland hat weit über hundert solche Verträge abgeschlossen. Die Kritik – die übrigens auch in den USA stark ist – entzündet sich vor allem an Problemen, die in der nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA aufgetreten sind.

» Einige dort ergangene Schiedsgerichtsurteile liefen auf eine Einschränkung der staatlichen Gesetzgebungssouveränität hinaus...

» Friedrich Genau. TTIP bietet jetzt aber die Gelegenheit, rechtsstaatliche Standards für Investitionsschutzabkommen zu schaffen und den Primat der staatlichen Gerichtsbarkeit durchzusetzen. Dies ist die Position der deutschen Verhandlungsteilnehmer. Gelingt dies nicht, wäre ein Investitionsschutz nach Art der NAFTA keinesfalls akzeptabel und sollte nicht in das Abkommen aufgenommen werden. ◀



IHK-Service-Tipp

Wer hilft mir, wenn ich international tätig werden will?
www.stuttgart.ihk.de, Dok.-Nr. 139454

